



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Wie Österreichs Politiker die Bürger täuschen: DEMOKRATIE-VERHINDERUNG STATT DIREKTER DEMOKRATIE!

Es ist unfassbar, wie Parteipolitiker und Massenmedien seit Wochen die Bürger beim Thema "Direkte Demokratie" täuschen oder besser gesagt dreist anlügen. Sie behaupten, die direkte Demokratie "nach dem Muster der Schweiz" auch in Österreich einführen zu wollen, planen aber **genau das Gegenteil!** Das, was in Österreich dzt. an direkter Demokratie noch möglich ist, soll in Zukunft verboten werden!

Während **in der Schweiz** seit über 100 Jahren (!) das Volk selbst **über alle Themen**, die den Bürgern wichtig sind, eine Volksabstimmung herbeiführen kann, deren Ergebnis für die Regierung bindend ist, sollen beim geplanten "Demokratiepaket" der rot-schwarzen Regierung in Österreich die Bürger **genau das nicht dürfen** - und zwar wegen unserer Mitgliedschaft in der EU:

Denn laut Bericht der "Wiener Zeitung" vom 31.05.2012 "dürfte man sich innerhalb der Koalition schon einig darüber sein, worüber in Österreich **nicht abgestimmt** werden soll: Grundprinzipien der Bundesverfassung, völkerrechtliche Verpflichtungen, **EU-Primärrecht**, Menschenrechts- und Grundrechtsfragen." Hinter dem für viele Bürger unverständlichen Begriff EU-Primärrecht verbergen sich alle Bestimmungen, die in den mehrere hundert Seiten dicken EU-Verträgen enthalten sind. Aufgrund dieser wurden bereits vor Jahren **rund 84% (!)** aller Gesetze in EU-Mitgliedstaaten der Sache nach von "Brüssel" bestimmt, wie eine entspr. seriöse Studie aufzeigte.

Auch alle Bürgeranliegen, die Geld kosten bzw. **Budgetfragen** betreffen könnten, sollen vom "Demokratieverhinderungspaket", das **noch heuer** im Parlament beschlossen werden soll, ausgeklammert werden. Wo kämen wir hin, wenn die Zahler mitreden dürften, was mit ihrem erarbeiteten Geld geschehen soll?! In der Schweiz ist dies bis "hinunter" zur Gemeindeebene längst eine Selbstverständlichkeit...

Was bedeutet der ESM für die Bürger?

Die Absegnung des ESM, des sogenannten "Europäischen Stabilitätsmechanismus", im österr. Parlament mithilfe der Stimmen der sogenannten "Grünen" steht unmittelbar bevor. Warum die richtigere Bezeichnung

"**Europäischer Schuldenmoloch**" lauten müßte, wird auf den nächsten Seiten von einem der wenigen **unabhängigen Journalisten** Österreichs in Kurzform dargelegt. Genauer zu den Hintergründen und Folgen dieses ungeheuerlichen "ESM" für uns Bürger, von EURO-Haftungs-Schirm, Fiskalunion und EU-Wirtschaftsregierung, die gegen jede Vernunft durchgesetzt werden sollen, hat **Prof. Schachtschneider** bei unserer letzten Veranstaltung in Wien erläutert. Deshalb liegt einem Teil dieser WEGWARTE-Ausgabe ein Live-Mitschnitt dieser Veranstaltung inkl. Diskussion **auf DVD** (Laufzeit: 2 Std. 30 Min.) bei.

Aus Kostengründen konnten wir nicht bei allen Empfängern dieser Ausgabe die sehr aufschlußreiche DVD beilegen; Sie können diese aber gerne durch entspr. Ankreuzen auf dem beiliegenden Zahlschein bestellen; wir senden sie dann per Post zu.

Die Arbeit am EU-Austritts-Volksbegehren geht weiter!

Bei Redaktionsschluß dieser WEGWARTE war die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes über das Volksbegehren in der derzeitigen, ohnehin eindeutigen Formulierung noch nicht bekannt. Sobald sie vorliegt (für Mitte Juli zu erwarten), können Sie diese bei unserer Internet-Adresse **www.eu-austritts-volksbegehren.at** unmittelbar erfahren und einsehen. Aber selbst wenn diese aufgrund der Machtverhältnisse negativ ausgehen sollte, werden wir das EU-Austritts-Volksbegehren **neu aufrollen**. Mehr darüber in der nächsten WEGWARTE Mitte September 2012. Diesbezügliche E-mail-Anfragen können an **helmutschramm@gmx.at** gerichtet werden.

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

Ausweg aus der Krise: RÜCKKEHR ZU DM UND SCHILLING

von Mag. Klaus Faßner, freier Journalist

Das an Griechenland & Co. überwiesene Geld rettet weder den Euro noch kommt es diesen ärmeren Ländern zugute: „Es sichert (und garantiert) die Werthaltigkeit der ausstehenden Bankkredite und anderen Forderungen der Finanzwelt an die Problemländer der Eurozone. ... **Kein Cent dieser Milliarden an Geldern gelangt jemals in die Wirtschaftskreisläufe der Volkswirtschaften dieser Länder oder zu den von der Krise betroffenen Menschen**“, erklärt der deutsche Währungsfachmann Dr. Wilhelm Hankel. Stattdessen werden sie entmündigt und unter Aufsicht von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) gestellt. Immer mehr Länder der Euro-Zone drohen wegen dieser Banken- und Spekulantenhilfe pleitezugehen. Dabei gäbe es noch immer einen einfachen Ausweg aus der Krise: Die Rückkehr zur eigenen Währung. Griechenland & Co. könnten laut Hankel die Währung abwerten, dadurch leichter exportieren, ein Sanierungsprogramm einleiten und stünden bald so gut da wie andere EU-Länder, die nicht zum Euro gehören. Deutschland, Österreich oder Holland hingegen könnten D-Mark, Schilling und Gulden in alter Manier aufwerten, wovon nicht nur die jeweiligen Bürger profitieren würden, sondern auch die ärmeren Länder – schließlich gäbe es wieder „Wirtschaftslokomotiven“.

**„Rettungsschirm“ für
500 Mrd. Euro!**

Um welche **Summen** geht es beim „Euro-Rettungsschirm“, der in Wahrheit ein Haftungsschirm ist? Er besteht ursprünglich aus zwei Teilen:

- dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (**EFSM**) mit einem Volumen von **60 Mrd. Euro** und
- der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (**EFSF**) mit **440 Mrd. Euro**.

Das macht in Summe 500 Mrd.

Euro, zusätzlich stellt der Internationale Währungsfonds (IWF) 250 Mrd. Euro bereit. Beim EFSM beriefen sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Passus, nach dem Mitgliedsstaaten „aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen“ Gelder erhalten können. Als Grund für das „außergewöhnliche Ereignis“ wurde die Verschärfung der weltweiten Finanzkrise herangezogen.

**Späte Erkenntnis: Nur wenige
Länder bekommen günstige
Kredite**

Die EFSF ist eine Zweckgesellschaft, die Anleihen emittieren sowie günstige Kredite für die Pleitestaaten aufnehmen kann. Mehr als ein Jahr später kamen die EU-Verantwortlichen drauf, daß nur bestbewertete „AAA-Staaten“ diese günstigen Kredite bekommen können. Dies waren Deutschland, Österreich, Frankreich, Luxemburg, Finnland und die Niederlande. Also wurde ihr Anteil so weit erhöht, daß die Summe wieder 440 Mrd. Euro ergab. Für Deutschland bedeutete dies ein **Haftungsvolumen** von 211 Mrd. Euro ohne Zinsen, für Österreich 21,6 Mrd. Euro ohne bzw. 28,7 Mrd. Euro mit Zinsen. Das ist aber noch nicht die Obergrenze: Fällt ein Land aus der Top-Bewertung heraus, müssen die anderen dessen Anteil übernehmen ...

**ESM: "Europäischer
Schulden-Moloch"**

Doch auch damit war der Gipfel des Milliardenroulettes noch lange nicht erreicht: Ende November 2010 beschlossen die EU-Verantwortlichen, den **"Europäischen Stabilitätsmechanismus" ESM** als „dauerhafte Krisenfeuerwehr“ einzuführen, wie sie es nannten. Er sollte 2013 in Kraft treten und den bisherigen „Rettungsschirm“ mit einem Gesamtvolumen (= Darlehenskapazität) von 500 Mrd. Euro ersetzen. Doch auch diese Versprechen

der obersten Politiker waren nichts wert: Zuerst zogen sie den ESM um ein Jahr vor, dann **erhöhten** sie das **gesamte Haftungsvolumen auf vorläufig 802 Mrd. Euro**. Dies setzt sich folgendermaßen zusammen:

- ESM 500 Mrd. Euro +
- EFSF 200 Mrd. Euro (verplante Hilfsmittel für Griechenland, Irland und Portugal) + ,
- EFSM 49 Mrd. Euro (aus dem EU-Haushalt für Irland und Portugal) +
- Griechenland-Programm: 53 Mrd. Euro (bereits ausbezahlte Kredite)

**Deutschland haftet nun mit
etwa 400 Mrd., Österreich mit
rund 40 Mrd. Euro**

– Zinsen kommen noch hinzu. Das ist weit mehr als der gesamte Bundeshaushalt, für den in Deutschland etwa 300 Mrd. Euro zur Verfügung stehen oder mehr als die jährlichen Pensionszahlungen in Österreich von 38 Mrd. Euro 2011. Bei Fälligkeit könnten zwar die Banken bedient, aber kaum Sozialleistungen mehr ausbezahlt werden. Umgerechnet bedeutet dies **vorläufig eine Haftung von über 5.000 Euro plus Zinsen für jeden einzelnen Deutschen und Österreicher - vom Baby zum Greis**.

Es verwundert kaum noch, daß diese astronomisch hohe Summe wohl noch immer nicht der Endbetrag ist. Im ESM-Vertrag heißt es: Der Gouverneursrat (= die Finanzminister der Euro-Länder) „kann beschließen, das genehmigte Stammkapital zu verändern“ (Art. 10). Nach oben hin gibt es keine Grenze. Der Gouverneursrat kann als Aufsichtsrat alle seine Befugnisse an die **Direktoren** des ESM übertragen (Art 5). Die Direktoren sind für die Geschäftsführung des ESM zuständig. Sie werden von den Finanzministern ernannt (Art. 6) und gehören keiner Regierung an. **Sie müssen keinem Parlament gegenüber Rechenschaft ablegen. Gouver-**

neure und Direktoren können für ihre Amtshandlungen von keinem Gericht der Welt zur Verantwortung gezogen werden (Art. 35). Bestraft werden vor allem die Jungen: „Das ist eine Sünde an unseren Kindern“, sagt der Präsident des europäischen Bundes der Steuerzahler, Rolf von Hohenhau.

ESM ist Ermächtigungsgesetz

Der ESM ist eine gigantische Bank (besser: eine „Bad Bank“) ohne Banklizenz zur Stützung von Banken und Pleiteländern. Doch diese Banklizenz soll er bald bekommen, wie etwa EU-Parlamentspräsident Martin Schulz prophezeit. Dann könnte der ESM nicht nur Geld aus Deutschland oder Österreich abziehen, sondern auch direkt von der Europäischen Zentralbank (EZB) bekommen. Direkt darf die EZB nämlich für die Staaten kein Geld drucken, über den Umweg einer „ESM-Bank“ aber sehr wohl. Inflation mit der Entwertung des Geldes, der Einkommen und der Sparvermögen wäre die sichere Folge.

Der ESM ist auch nichts anderes als ein Ermächtigungsgesetz. Die nationalen Parlamente geben ihr Königsrecht ab, alleine über die Staatsfinanzen zu entscheiden. Der Gesetzestext spricht für sich:

„Die ESM-Mitglieder verpflichten sich unwiderruflich und uneingeschränkt, Kapital, das der geschäftsführende Direktor ... von ihnen abrufen, innerhalb von sieben Tagen ab Erhalt der Aufforderung einzuzahlen.“ (Art. 9)

„Der ESM, sein Eigentum, seine Mittelausstattung und seine Vermögenswerte genießen ... Immunität von gerichtlichen Verfahren jeder Art ...“

„Das Eigentum, die Mittelausstattung und die Vermögenswerte des ESM genießen ... Immunität von Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder sonstigen Form des Zugriffs ...“

„Die Archive des ESM ... sind unverletzlich.“

„Die Geschäftsräume des ESM sind unverletzlich.“ (jeweils Art. 32)

Parallel dazu wurde im März 2012 die **EU-Fiskalunion** begründet.

Nicht mehr der Staat, sondern die EU entscheidet letztlich über Staatshaushalt, Ausgaben und Steuern. Auf der einen Seite werden damit massive Sparpakete und eine Schuldenbremse Pflicht. Auf der anderen Seite haften Deutschland, Österreich & Co. mit Summen, die zum Staatsbankrott führen können.

Gesetze sind rechtswidrig

Der nun gültige EU-Vertrag von Lissabon hätte in vielen Ländern vom Volk abgestimmt werden müssen. Da dies außer in Irland nirgends geschah, sollte er z.B. für Österreich rechtswidrig sein. Doch auch der Inhalt des EU-Vertrages kümmert die Politik nicht, wenn sie andere Interessen hat: Der „Euro-Rettungsschirm“ bricht den Art. 125 des Lissabon-Vertrages. Hier heißt es, daß ein Mitgliedsstaat „nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen ... eines anderen Mitgliedsstaats“ haften darf. Die „Euro-Rettung“ ist rechtswidrig, es handelt sich um einen „Staatsstreik der politischen Klasse“, erklärt der deutsche Staatsrecht-Professor **Karl-Albrecht Schachtschneider**. In einem dramatischen Appell ruft er uns alle auf, aktiv zu werden, bevor es zu spät ist:

Wenn die Menschen nicht in Massen aufstehen, werde Europa "eine Region der globalen Welt sein, welcher die besten Errungenschaften der annähernd dreitausendjährigen Geschichte Europas genommen sind: die Freiheit, das Eigentum und die freie Rede, die Selbstständigkeit und Bürgerlichkeit der Menschen, die menschheitliche Verfassung, insgesamt das Recht."

Weiters haben die Euro-Länder Österreich, Deutschland, etc. mit der Euro-Einführung einen Teil des Goldes an die Europäische Zentralbank verschenkt und keinen Zugriff mehr darauf. Das betroffene **österreichische Gold** hatte Ende 2011 einen Wert von 874 Mio. Euro. Wenn Euro-Haftungen fällig werden, ist zumindest dieses Gold verloren. Auch beim Rest des Goldes haben die Staaten den Weisungen der Europäischen Zentralbank EZB zu folgen. Jetzt gibt es erste Initiati-

ven, das Gold wieder zurückzuholen.

Euro „auf Gedeih und Verderb“ verteidigen?

Beim Euro ging es nie um Wohlstand, Frieden oder um eine harte Währung, sondern es handelte sich von Anfang an um ein ideologisches, **politisches Projekt**. Dafür gibt es zahllose Zitate führender Politiker:

• EU-Ratspräsident Herman van Rompuy: **„Der Euro begann als ein politisches Projekt, und so bleibt es. ...Denjenigen, die sagen, sie wollen weniger Europa, soll mit mehr Europa geantwortet werden.“** (Oktober 2011)

• Joschka Fischer, Leitfigur der "Grünen": „Im Streit um die Währungsunion geht es um den notwendigen Abschied vom klassischen Nationalstaat ... Befürworter einer vollständigen europäischen Integration – und demnach auch ich – hoffen auf diesen von der Währungsunion und **dem Euro ausgelösten politischen Integrationszwang Europas.**“ (März 1997)

• EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso: **„Wir werden den Euro verteidigen, was immer es kosten mag.“** (Mai 2010)

• Euro-Gruppen-Vorsitzender Jean Claude Juncker: „Es geht hier um die Erhaltung der Stabilität in der gesamten Eurozone. **Wir sind in einer Schicksalsgemeinschaft auf Gedeih und Verderb zusammengekommen.**“ (Mai 2011)

Ebenfalls im Mai 2011 war es wieder einmal Juncker, der Medien freimütig die EU-Politik erklärte: „Ich bin für geheime Debatten unter einigen wenigen verantwortlichen Personen. Und: **„Wenn es ernst wird, muß man lügen.“**

*Obiger Text ist ein Auszug aus der neuen Broschüre von Mag. Klaus Faißner mit dem Titel **"Friedensprojekt oder Europas Untergang – Zahlen und Fakten zur EU"**. Alle darin getroffenen Aussagen sind mit genauen Quellenangaben im Anhang belegt. Die 64-seitige Broschüre kann zum Preis von 6,25 Euro inkl. Porto bei uns bestellt werden; bitte am Zahlschein "Broschüre" anführen.*

Einladung zum
Informations- und Diskussionsabend

**FRIEDENSUNION oder EUROPAS UNTERGANG?
Zahlen und Fakten zur EU.**

Es spricht:

Mag. Klaus Faißner, freier Journalist

KLAGENFURT

Dienstag, 17. Juli, 19h

Gasthof "HIRTER BOTSCHAFT"

(vormals "Volkskeller")

Bahnhofstr. 44

(Nähe Hauptbahnhof)

LINZ

Montag, 23. Juli, 19h

Restaurant "MICHELANGELO"

(vormals "Zur Lokomotive")

Weingartshofstr. 40

(Nähe Hauptbahnhof)

BRUCK/Mur

Mittwoch, 18. Juli, 19h

Gasthof "RIEGLER"

Koloman-Wallisch-Pl. 11

(= Hauptplatz)

SALZBURG

Dienstag, 24. Juli, 19h

Gasthof "STEIRISCHE WEINSTUBEN"

St. Julien-Str. 9

(Nähe Hauptbahnhof)

WIEN-GRINZING

Donnerstag, 26. Juli, 19h

Heurigen-Restaurant "BERGER"

19. Bezirk, Himmelstr. 19

(bei 38er-Endstation)

Eintritt bei allen Veranstaltungen: freiwillige Spende.

Verkostung vor und während den öffentlich zugänglichen Veranstaltungen möglich.

HERZLICH WILLKOMMEN sind auch Freunde/Bekannte, die ihre Informationen über die EU bisher vorwiegend aus den "offiziellen" Kanälen entnommen haben. Es wird eine ausführliche Diskussion mit allen Besuchern geben!

Inge Rauscher, Obfrau der IHU.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
19. Juni 2012

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet
OPSKATWW, der IBAN-Code AT366000000007483053

WEGWARTE 22. Jahrgang, Folge 3, Juli 2012

Zulassungsnummer "02Z033544S"

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt

3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

Tel.: 02242/70 516

Spendenkonto: PSK, Kto. 7483053, BLZ 60000

DANKE ALLEN UNTERSTÜTZERN!

Als überparteiliche Initiative, die seit über 20 Jahren für das Gemeinwohl aktiv ist und weder staatliche noch kommerzielle Subventionen/Werbung erhält und diese auch nicht beanspruchen **will**, sind wir auf Ihre ideelle und finanzielle Mitwirkung angewiesen. Nur dadurch können wir Sie weiter wirklich **unabhängig informieren** und die Kosten unserer umfangreichen Arbeit aufbringen.